

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Deutschlands Rohstoffabhängigkeit reduzieren – Neue Rohstoffpartnerschaften auf den Weg bringen, heimische Rohstoffgewinnung stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für die deutsche Volkswirtschaft ist eine zuverlässige und sichere Versorgung mit Rohstoffen von größter Bedeutung. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Rohstoffen ist vor allem für unsere gewerbliche Wirtschaft von existenzieller Bedeutung. Bei wichtigen Industriemineralen (z. B. Kali- und Steinsalz) sowie bei Steinen und Erden ist Deutschland in der komfortablen Situation, die Nachfrage hierzulande durch die heimische Produktion decken zu können.

Bei Energierohstoffen und Metallen ist die deutsche Wirtschaft hingegen in weiten Teilen fast vollständig abhängig vom Ausland. Russlands Krieg gegen die Ukraine und neue geopolitische Spannungen sowie der von der Internationalen Energieagentur (IEA) beschriebene Wandel der Rohstoffnachfrage von „fuel-intensive“ zu „material-intensive“ bringt die sichere Rohstoffversorgung deutscher Unternehmen ins Wanken. Viele Betriebe sind heute mit der Knappheit von Rohstoffen, Versorgungsengpässen und deutlichen Preissteigerungen konfrontiert.

Aufgrund dieser Entwicklungen bekommen Fragen nach noch nicht erschlossenen Rohstoffvorkommen, der geographischen Verteilung existierender Abbaustätten, der Kontrolle von Lagerstätten, nach Verarbeitungskapazitäten und Lieferwegen eine völlig neue Bedeutung. Die Bundesregierung ist angesichts der veränderten weltpolitischen Lage gefordert, eine Rohstoffstrategie auf den Weg zu bringen, die die neuen politischen und wirtschaftlichen Risiken umfassend berücksichtigt.

Zur Sicherung der Rohstoffversorgung unseres Landes müssen alle Optionen auf den Tisch. Neben Maßnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und Erhöhung der Ressourceneffizienz, ist auch ein größeres deutsches Engagement bei der Gewinnung von Rohstoffen im In- und Ausland erforderlich. Wir brauchen zudem neue Rohstoffpartnerschaften mit Drittländern und eine engere Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten, um vor allem den Zugang zu kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen zu sichern. Nur durch ein kluges Zusammenspiel von Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene wird es gelingen, unseren Rohstoffbezug zu diversifizieren und unsere Rohstoffabhängigkeit von einzelnen Ländern zu reduzieren. Das im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgehaltene Ziel, „die Wirtschaft bei der Sicherung einer nachhaltigen Rohstoffversorgung zu unterstützen und den heimischen Rohstoffabbau erleichtern“, gilt es schnellstmöglich mit Leben zu füllen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf,
1. auf nationaler und europäischer Ebene die Instrumente zur Unterstützung von Unternehmen bei Rohstoffaktivitäten im Ausland auszubauen. Um im Wettbewerb mit Akteuren wie China in rohstoffreichen Ländern nicht das Nachsehen zu haben, müssen die Unternehmen von der Exploration über die Genehmigung bis zur Beschaffung und Verarbeitung politisch und finanziell wirksamer unterstützt werden. Für letzteres kann die staatliche japanische Agentur JOGMEC als Beispiel dienen;
 2. für eine Diversifizierung der Bezugsquellen kritischer und strategisch wichtiger Rohstoffe bestehende Rohstoffpartnerschaften auszubauen und neue Rohstoffpartnerschaften mit rohstoffreichen Drittstaaten abzuschließen. Hierbei gilt es bereits vorab industriepolitisch relevante Projekte zu identifizieren und diese gemeinsam mit der Industrie voranzutreiben;
 3. sich auf europäischer Ebene für den zügigen Abschluss neuer Handels- und Investitionsabkommen mit rohstoffreichen Ländern einzusetzen und im EU-Ministerrat für eine schnelle politische Einigung und Ratifizierung des modernisierten EU-Chile-Assoziierungsabkommens einzutreten;
 4. auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass sich durch die Revision der EU-Industrieemissionsrichtlinie keine Mehrbelastungen für die deutsche Industrie und besonders für die im Rohstoffabbau tätigen Unternehmen ergeben;
 5. zeitnah einen Rohstoffgipfel mit den Bundesländern und der rohstoffgewinnenden Industrie einzuberufen, auf dem umfassende Maßnahmen zur Beschleunigung und Weiterentwicklung von Planungs- und Genehmigungsverfahren in Deutschland beraten sowie konkrete Zeitpläne für deren Umsetzung verabschiedet werden;
 6. das aktuell laufende Gesetzgebungsverfahren zum Zweiten Gesetz zur Änderung des Raumordnungsgesetzes dazu zu nutzen, die heimische Rohstoffsicherung in der Raumordnung umfassend zu stärken;
 7. die Novellierung des Bergrechts von Beginn an im engen Austausch mit der rohstoffgewinnenden Industrie durchzuführen, um eine tatsächliche Erleichterung der Rohstoffgewinnung zu gewährleisten;
 8. die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Gewinnung von Rohstoffen durch einen frühzeitigen und kontinuierlichen Dialog von Bund und Ländern mit der Öffentlichkeit in potenziellen Abbaugebieten zu stärken;
 9. zu prüfen, ob die Einführung einer Rohstoffbevorratungsrücklage die Resilienz von Unternehmen gegenüber Lieferkettenunterbrechungen stärken würde;
 10. neue Genehmigungen für die Offshore-Förderung von Öl und Erdgas jenseits der erteilten Rahmenbetriebserlaubnisse zu ermöglichen und das Verbot von kommerziellen unkonventionellen Fracking-Vorhaben auf Basis des Berichts der Expertenkommission Fracking (Drs. 20/2790) zeitnah zu evaluieren;
 11. die Wiedereinführung einer unionsrechtlich zulässigen Form der materiellen Präklusion zu forcieren und gleichzeitig sicherzustellen, dass eine direkte Betroffenheit von Verbänden im Sinne des Umwelt-Rechtsbehelfsgesetzes zur Voraussetzung für rechtliche Einwände wird;
 12. das ausverhandelte europäisch-kanadische Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA schnellstmöglich zu ratifizieren, um einen besseren Investitionsschutz für deutsche und europäische Unternehmen im Energie- und Rohstoffbereich zu gewährleisten;
 13. Regelungsansätze nach § 54 Abs. 10a des Bundesnaturschutzgesetzes für ‚Natur auf Zeit‘ in Rohstoffgewinnungsstätten schnellstmöglich umzusetzen;

14. die heimische Raffinadeproduktion von kritischen und strategisch wichtigen Rohstoffen auszubauen und sich auf europäischer Ebene im Rahmen des Critical Raw Materials Act für umfassende Fördermaßnahmen einzusetzen;
15. sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, dass der Critical Raw Materials Act so ausgestaltet wird, dass dieser insbesondere durch die Einführung von Monitoringverfahren nicht zu mehr Bürokratie für Unternehmen führt, und die unternehmerische Freiheit weiterhin gewährleistet bleibt;
16. sich in der Nationalen Sicherheitsstrategie zur Bedeutung der heimischen Rohstoffförderung und des internationalen Rohstoffbezugs zu bekennen und konkrete Maßnahmen zu benennen, mit denen eine sichere und bezahlbare Rohstoffversorgung des Standorts Deutschlands in den kommenden Jahren gewährleistet werden soll;
17. die Kreislaufwirtschaft bzw. das Recycling von mineralischen Rohstoffen weiter zu fördern, um Recyclingprozesse zu optimieren und die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen. Hierbei gilt es, die Initiativen der Rohstoffstrategie der Bundesregierung vom Januar 2020 zur Entwicklung einer ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft fortzusetzen und grundsätzlich die stoffliche Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen zu verbessern. Handlungsempfehlungen der im Jahr 2021 gestarteten Dialogplattform Recyclingrohstoffe sollten nach Vorstellung zeitnah umgesetzt werden;
18. in Deutschland ansässige Unternehmen der Rohstoffgewinnung im Zuge der Transformation hin zur Klimaneutralität Deutschlands zu unterstützen;
19. in Deutschland bestehende Kompetenzen zur Rohstoffgewinnung in Universitäten und Forschungsreinrichtungen zu erhalten und zu fördern.

Berlin, den 18. Oktober 2022

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion

